



Arbeitsprogramm der Kommission 2018: Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa

Straßburg, 24. Oktober 2017

Im Anschluss an die Ankündigungen von Präsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2017 legt die Europäische Kommission heute ihre Pläne für den Abschluss der Arbeiten zu den [zehn politischen Prioritäten](#) vor, die der Präsident bis zum Ende seiner Amtszeit verwirklichen will. Gleichzeitig stellt sie eine Reihe längerfristig ausgerichteter Initiativen für die Zukunft Europas vor.

Dazu sagte Präsident **Juncker**: „Europa gewinnt seine Stärke zurück, und wir müssen diese neue Dynamik nutzen. Wir haben bereits 80 % der Vorschläge vorgelegt, die wir zu Beginn der Amtszeit dieser Kommission versprochen haben. Nun geht es vorrangig darum, die Vorschläge zu Rechtsvorschriften zu machen und diese umzusetzen. Je früher das Europäische Parlament und der Rat den Gesetzgebungsprozess abschließen, desto eher werden wir den Nutzen unserer gemeinsamen Arbeit spüren.“

Frans **Timmermans**, der Erste Vizepräsident der Kommission, fügte hinzu: „Das heute verabschiedete Arbeitsprogramm der Kommission wird sicherstellen, dass Europa den Schwerpunkt weiter nachdrücklich auf die Bereiche legt, in denen ein Handeln auf europäischer Ebene den größten Mehrwert erbringt. Die Europäische Union wird nicht nach der Anzahl neu erlassener Richtlinien und Verordnungen beurteilt, sondern nach den konkreten Ergebnissen unserer Politik für die Bürger und Unternehmen.“

Die **26 neuen Initiativen**, die im Arbeitsprogramm 2018 enthalten sind, haben zwei Schwerpunkte: Erstens geht es um **gezielte legislative Maßnahmen zur Vollendung unserer Arbeit in vorrangigen Politikbereichen**. Sie sollen alle bis Mai 2018 vorgelegt werden, damit das Europäische Parlament und der Rat die gesetzgeberischen Arbeiten rechtzeitig vor den Europawahlen im Juni 2019 abschließen können. Zweitens werden in dem Arbeitsprogramm **längerfristig ausgerichtete ehrgeizige Maßnahmen und Initiativen** vorgestellt, die die neue Union der 27 zur Gestaltung ihrer Zukunft bis zum Jahr 2025 und darüber hinaus ergreifen sollte. Diese Vorschläge tragen der Debatte Rechnung, die durch das [Weißbuch der Kommission über die Zukunft Europas](#) und die [Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union 2017](#) in Gang gesetzt wurde.

Um sicherzustellen, dass der **Schwerpunkt auf Ergebnissen** liegt, werden in dem Arbeitsprogramm der Kommission **66 vorrangige anhängige Vorschläge** genannt, die in den letzten zwei Jahren vorgelegt wurden und nun rasch vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden müssen. Außerdem schlägt die Kommission vor, **15 anhängige Vorschläge zurückzuziehen**, da keine Einigung absehbar ist, sie ihren Zweck nicht mehr erfüllen oder sie technisch überholt sind. Das Arbeitsprogramm enthält **15 Vorschläge**, die auf die **Überprüfung geltender Rechtsvorschriften** im Rahmen des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (**REFIT**) unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der REFIT-Plattform zurückgehen. Die wirksame Um- und Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten wird ebenfalls eine Priorität darstellen, damit gewährleistet werden kann, dass Bürger und Unternehmen in den Genuss der angestrebten Vorteile kommen. Die Kommission wird darüber hinaus drei überholte Rechtsakte aufheben.

Vollendung der Arbeiten zu den 10 Prioritäten der Juncker-Kommission

Die jetzige Kommission hat sich seit Beginn ihrer Amtszeit auf die großen Fragen konzentriert, bei denen wirksame Maßnahmen auf europäischer Ebene konkret etwas bewirken können. Da wir uns mit dem Europäischen Parlament und dem Rat über die Prioritäten einig sind, konnten wir im vergangenen Jahr solide Fortschritte in Schlüsselbereichen und Ergebnisse bei allen 10 Prioritäten erzielen. Das vorliegende Arbeitsprogramm enthält nun **für das kommende Jahr konkrete Vorschläge zur Vervollständigung unserer Arbeit**.

Zur Ankurbelung von Beschäftigung, Wachstum und Investitionen wird die Kommission ihre Arbeiten zur Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft und zur Vollendung des digitalen Binnenmarktes, der Energieunion, der Kapitalmarktunion, der Wirtschafts- und Währungsunion und der

Bankenunion fortsetzen. Eine Initiative für eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft, ein Paket für soziale Gerechtigkeit und ein Vorschlag zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette der EU werden zu einem vertieften und faireren Binnenmarkt mit einer gestärkten industriellen Basis beitragen. Wir werden auch neue gezielte Maßnahmen vorlegen, die die Vollendung der Sicherheitsunion, die Erreichung von Ergebnissen bei der Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda und der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Stärkung des Katastrophenschutzverfahrens der Union ermöglichen sollen. Die Kommission wird ihre ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik weiterverfolgen, um die Globalisierung zu meistern. Dazu wird sie die Abkommen mit Japan, Singapur und Vietnam fertigstellen und die Verhandlungen mit dem Mercosur und Mexiko fortsetzen.

Blick auf die Zeit nach 2025

Die Kommission wird parallel zur Umsetzung der laufenden Agenda auch die Union von morgen vorbereiten. Das Arbeitsprogramm 2018 enthält eine Reihe zukunftsgerichteter Initiativen für die Zeit bis 2025 und darüber hinaus. Ab dem 30. März 2019 wird die EU eine Union mit 27 Mitgliedstaaten sein, und nun ist der Zeitpunkt gekommen, diese [enger vereinte, stärkere und demokratischere Union](#) zu gestalten.

Eine **enger vereinte Union** erfordert eine glaubwürdige Beitrittsperspektive für die am weitesten fortgeschrittenen Beitrittskandidaten des Westbalkans. Um eine **stärkere Union** aufzubauen, wird die Kommission einen Vorschlag für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen unterbreiten und außerdem eine effizientere Rechtsetzung für den Binnenmarkt sowie mehr Effizienz und Kohärenz bei der Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vorschlagen. Wir werden ein Reflexionspapier über eine nachhaltige Zukunft Europas und eine Mitteilung über die Zukunft der Energie- und Klimapolitik der EU annehmen und eine Ausweitung der Aufgaben der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Bekämpfung des Terrorismus vorschlagen. Mit Blick auf eine **demokratischere Union** werden wir Vorschläge für die Einsetzung eines ständigen und rechenschaftspflichtigen europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen, eine Initiative zur weiteren Verbesserung der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sowie eine Mitteilung über die Steigerung der Effizienz an der Spitze der Europäischen Union vorlegen. Darüber hinaus werden wir eine Initiative zur Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips anregen.

Hintergrund

Die Kommission nimmt jedes Jahr ein Arbeitsprogramm an, in dem sie darlegt, welche Maßnahmen sie im kommenden Jahr in Angriff nehmen möchte. Aus dem Arbeitsprogramm können die Bürgerinnen und Bürger sowie die an der Gesetzgebung beteiligten Organe der EU entnehmen, welche neuen Initiativen die Kommission vorlegen, welche nicht verabschiedeten Vorschläge sie zurückziehen und welche bestehenden EU-Vorschriften sie überprüfen wird.

Bei der Aufstellung ihres Arbeitsprogramms 2018 hat sich die Kommission auf der Grundlage der interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung und der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission mit dem Europäischen Parlament und dem Rat beraten und sich auf die [Absichtserklärung](#) gestützt, die Präsident Juncker und der Erste Vizepräsident Timmermans am 13. September im Anschluss an die Rede des Präsidenten zur Lage der Europäischen Union übermittelt haben.

Weitere Informationen

[Arbeitsprogramm der Kommission 2018 - Wichtigste Dokumente](#)

[Fragen und Antworten zum Arbeitsprogramm der Kommission 2018](#)

[Factsheet](#) zu neuen Initiativen zur Vollendung der Arbeiten an den 10 Juncker-Prioritäten und zu Initiativen vor dem Zeithorizont 2025

[Factsheet](#) zu vorrangigen anhängigen Vorschlägen, die eine zügige Annahme durch Parlament und Rat erfordern

IP/17/4002

Kontakt für die Medien:

[Natasha BERTAUD](#) (+32 2 296 74 56)

[Tim McPHIE](#) (+ 32 2 295 86 02)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

Attachments

[CWP factsheet annex III.pdf](#)

[CWP factsheet annex I.pdf](#)